

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht 244. Sitzung

Berlin, Freitag, den 7. Juni 2013

Tagesordnungspunkt 43:

Unterrichtung durch die Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2011/2012

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Frau Kollegin Ulla Schmidt. – Nächster Redner für die Fraktion von CDU und CSU ist unser Kollege Dr. Peter Gauweiler. Bitte schön, Kollege Peter Gauweiler.

(Beifall bei der CDU/CSU – Claudia Roth
[Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unser Chef!)

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es sehr nett, dass die Kollegin Schmidt als Sprecherin der Opposition trotz der Fälle, in denen sie den Finger in die Wunde gelegt hat, nicht vergessen hat, die Arbeit unserer Kollegin Pieper zu würdigen. Ich möchte mich dem im Namen der Koalition und des ganzen Unterausschusses sehr herzlich anschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie
bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Hauptdank gebührt den Trägern der Auswärtigen Kulturpolitik, vom Goethe-Institut – ich schließe mich an dieser Stelle Ihrer Kritik an der Haushaltspolitik an, Frau Schmidt – über den Deutschen Akademischen Austauschdienst und die Humboldtianer bis hin zu den Stiftungen, insbesondere den politischen. Diese Debatte darf nicht ohne den Hinweis zu Ende gehen, dass wir uns alle, also inklusive der Linken, hinter die KonradAdenauer-Stiftung stellen

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

und gegen das unverschämte Urteil protestieren, das ein ägyptisches Gericht gegen den Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo verhängt hat. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass dies Konsequenzen nach sich zieht, und wir erwarten von den ägyptischen Instanzen, dass diese unerhörte Entscheidung aufgehoben wird.

Wir debattieren heute nicht über Einzelpunkte, sondern über den Grundsatzbericht zur Auswärtigen Kultur- ein Interaktionsprozess, in dem ein Staat grundlegende Ziele und Werte in Konkurrenz zu anderen Staaten zu realisieren versucht. Auf Deutsch: Der Staat will gut dastehen. Frau Schmidt, hier unterscheiden wir uns in einer Nuance. Sie sagen, die Tatsache, dass Minister Westerwelle alles tut, was Deutschland nutzt, stehe im Widerspruch zu dem Ziel, Freunde in aller Welt zu gewinnen. Ich sehe darin keinen Gegensatz. Freunde in aller Welt zu haben, ist von großem Nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein Minister ist nun einmal dafür da, seinem eigenen Land nutzbringend zu dienen. Wem denn sonst?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulla Schmidt
[Aachen] [SPD]: Beides ist wichtig! Der Minister macht nur eines!)

– Ja, beides. Das stimmt. Das ist wie rechte Hand und linke Hand.

Wenn das Ziel der deutschen Außenpolitik ist, Freunde zu gewinnen und die Interessen des eigenen Landes nutzbringend zu verfolgen, dann muss sie alles tun, damit Deutschland in der Welt – darin sind wir uns sicherlich einig – gut dasteht. Wann steht unser Land am besten da, egal ob ein rot-grünes oder schwarz-gelbes Grußwort gehalten wird? Wenn es sich als Volk der

Dichter und Denker präsentiert. Insofern ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht nur die dritte Säule der Außenpolitik, sondern auch eine Art politischer Violine, dessen sich das Außenpolitische – wenn es denn in seiner organisierten Form überhaupt Sinn hat – in einer globalen Welt bedienen sollte.

Es geht um die Vermittlung eines positiven Deutschlandbildes, um die Begegnung mit der Kultur und Gesellschaft des Gastlandes – natürlich gibt es eine Brückenfunktion –, und es geht auch um Konfliktprävention; deswegen reden wir ja von der Bibliothek in Nordkorea genauso wie von der Öffnung des Goethe-Institutes in Teheran. Wir reden darüber, dass im Oktober dieses Jahres auf Kuba, in Havanna, Richard Wagner zum ersten Mal seit 40 Jahren wieder in deutscher Sprache aufgeführt werden wird.

Wir reden gleichzeitig von der Wertevermittlung: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte. Wir reden auch davon, dass wir mit den Deutschen im Ausland insbesondere auch auf kultureller Basis Verbindung halten und dass wir uns ihnen kulturell verpflichtet fühlen. Wir erleben doch, wenn wir mit ihnen sprechen, was es im Einzelnen für großartige Menschen sind, die oft nach besseren kulturellen Initiativen hungern und dürsten und die sich übrigens auch auf noch bessere Beiträge in der Deutschen Welle freuen. Ich will nicht deren Verdienste kleinreden. Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte, habe ich gerade wieder in Griechenland gedacht, als ich dort eine Sendung gesehen habe.

Ich möchte aus aktuellem Anlass eine Bemerkung zu den Auslandsschulen und zu der Debatte um das Auslandsschulgesetz machen. Diese sind – mit 141 deutschen Auslandsschulen in 72 Ländern – einer der zentralen, der wesentlichen Punkte unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Aktuell gibt es mehr als 390 000 Schüler, stellen Sie sich das bitte einmal vor. Dies ist der Anker für die Identität der Auslandsdeutschen, und es ist eine neue Verbindungslinie für die ausländischen Schüler, die dadurch mit der deutschen Sprache und mit der deutschen Kultur in Berührung kommen.

Wir haben im Bundestag im Jahre 2008 einstimmig eine Resolution über die Weiterentwicklung des deutschen Auslandsschulwesens verabschiedet. Jeder hier hat zugestimmt, und zwar nicht nur ein paar gefühlsstarke Naive aus dem Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik,

(Beifall der Abg. Ulla Schmidt [Aachen] [SPD])

sondern auch die großmächtigen Haushaltspolitiker und -politikerinnen dieses, unseres Hauses. Einstimmig! In dieser Resolution heißt es:

Wenngleich die Schulen von privaten Trägervereinen eigenverantwortlich und zu einem erheblichen Umfang durch Eigenleistungen geführt werden, müssen die Möglichkeiten Öffentlich-Privater Partnerschaft stärker als bisher genutzt werden. Innovative Ansätze müssen gefunden werden, um die gebotene Erweiterung des Auslandsschulnetzes finanziell ... zu realisieren.

„Stärker“ ist in der deutschen Sprache und Grammatik ein Komparativ. „Stärker“ heißt mehr und nicht weniger. Wenn ich jetzt höre, dass der Bundesrechnungshof in einer verdienstvollen Anhörung zum neuen Entwurf des Auslandsschulgesetzes erklärt hat, das könne zu einer stärkeren finanziellen Belastung führen, dann sage ich: Bingo, liebe Freunde! Wir wollen und müssen in diesem Bereich mehr ausgeben. Das ist eine politische Richtungsbestimmung nicht nur einer Fraktion, sondern des gesamten deutschen Parlaments.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn jemand das nicht will, muss er hier einen Antrag stellen, dass das rückgängig gemacht wird. Anders geht es überhaupt nicht.

Wir haben diese vier Jahre intensiv – in Anhörungen, durch Einladungen, Gespräche, Besuche, Kongresse; das war alles sehr interessant, sonst hätte ich gesagt, dass es mir zum Halse heraushängt – dazu genutzt, die Dinge im Einzelnen nach vorne zu bringen und zu behandeln. Daraus wurde dann nach langen, qualvollen Reden ein Entwurf für ein Gesetz.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN]: Tja!)

Wir haben uns dann verständigt, um diesen Gesetzentwurf überhaupt auf den Weg zu bringen. Frau Pieper, Sie wissen um die Schwierigkeiten, die Sie selbst in dem gesamten Verwaltungsbiotop hatten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN – Claudia Roth [Augsburg]
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt aber freundlich!)

um das überhaupt durchzubringen. Wir haben gesagt: Wir nehmen diesen Gesetzentwurf und werden die Punkte, die sich aufgrund der Resolution des Deutschen Bundestages zwingend ergeben haben, in einzelne Vorschläge umsetzen. Ich danke hier insbesondere meinem Stellvertreter, Herrn Leibrecht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU,
der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, da könnt ihr schon einmal klatschen.

Es geht im Wesentlichen darum, wie viele Abschlüsse notwendig sind, um eine Auslandsschule im Sinne des Gesetzes anzuerkennen. Die Anerkennungsvoraussetzungen können Sie nicht mit der Lage in einer deutschen Großstadt vergleichen. Im Ausland sind die Zahlen logischerweise kleiner. Das hat damit zu tun, dass Auslandsschulprojekte nicht nur dem allgemeinen Schulverkehr dienen, sondern dass sie – wunderbarer Ausdruck – für sich genommen Leuchtturmprojekte sind. Man muss sie von weitem sehen können. Dies setzt aber auch voraus, dass man eine kleinere Schule dadurch fördert, dass nicht 20 Abschlüsse gefordert werden, sondern 5, wie wir vorgeschlagen haben.

Ich verbitte mir in aller Form, mir von Leuten, die überhaupt kein Problem damit haben, innerhalb von 30 Minuten Bürgschaften in Höhe von 190 Milliarden Euro zu beschließen, sagen zu lassen, dass wir den Bundeshaushalt mit den dafür notwendigen paar Millionen maßlos belasten würden. Hier verwechselt man die Relationen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN
sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ihr seid meine Freunde.

Das, Herr Leibrecht, war unsere Initiative. Ich freue mich, dass es jetzt einen Kompromissvorschlag gibt, über den man sich einigen kann. Ich bitte in diesem Fall auch die Opposition, die in diesem Fall nicht Opposition, sondern Trägerin der Mehrheit im Bundesrat ist, ihrem Herzen einen Stoß zu geben: 20 Abschlüsse fordern die einen, 5 die anderen. Jetzt gibt es einen Vorschlag bezüglich 12. Ich danke dem Kollegen Mißfelder, dass er sich hier so massiv dafür eingesetzt hat, dass wir die Kuh vom Eis bringen und dieses Gesetz in Gottes Namen noch durchsetzen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Nicht um jeden Preis!)

Ein Letztes. Auf Seite 16 des Berichts, um den es heute geht, wird das Thema berufliche Bildung angesprochen. Inspiriert von Debatten auf allen Seiten des Hauses haben wir das Thema berufliche Bildung auch zu einem Thema der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gemacht. Ich habe mir erlaubt, den Vorschlag zu machen, dass es nicht nur um einzelne Fördertöpfe geht.

Die Fachleute aus allen Richtungen sagen: Wir müssen im Ausland, insbesondere in der EU, dort, wo es dramatisch aussieht – ich nenne die Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 50 Prozent –, die Arbeitsmärkte wieder zum Atmen bringen.

Wir haben den Vorschlag unterbreitet – da gibt es bereits Versuche –, Berufsschulzweige an die deutschen Schulen im Ausland anzugliedern. Das sollten wir gemeinsam mit der Wirtschaft tun; sie brauchen wir dringend dazu. Wenn Sie an der deutschen Schule in Thessaloniki 50 oder 100 Schülern ein Stipendium geben würden – ähnlich wie die Humboldt-Stiftung Akademikern –, dann wäre das billiger als der Kongress von Herrn Berggruen in Paris.

(Heiterkeit des Abg. Philipp Mißfelder [CDU/CSU])

Das würde Schwung bringen; das würde die Dinge in Bewegung bringen.

Noch in dieser Legislaturperiode soll dazu eine Anhörung stattfinden. Ich lade Sie herzlich dazu ein. Bei uns darf man im Gegensatz zum Haushaltsausschuss an den Anhörungen teilnehmen und auch mitreden. Ich lade Sie herzlich dazu ein und auch dazu, uns übergreifend bei dieser Initiative zu unterstützen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN sowie
bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)